

## **I Entwicklung Erwerbstätigkeit, Arbeitsvolumen, Bruttoinlandsprodukt (BIP), Produktivität, offiziell registrierte Arbeitslosigkeit, offiziell registrierte offene Stellen, Armut etc. in der BRD**

***Siehe Anhang !***

## **II Positionen der großen Parteien in Deutschland zum Grundeinkommen**

### ***IV. Gesetz zur Arbeitsmarktreform (Hartz IV)***

**beschlossen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, FDP im Jahr 2004**

Abschaffung der Arbeitslosenhilfe (Lohnersatzleistung)

Einführung einer Grundsicherung für Arbeitsuchende (Arbeitslosengeld II)

- auf Sozialhilfeniveau (Regelleistung für den HHV 345 Euro West / 331 Euro Ost plus angemessene Wohnkosten, gesamt für einen Alleinstehenden ca. 650 Euro, also 300 Euro unterhalb der Armutsrisikogrenze!)
- mit verschärftem Zwang zur Annahme auch niedrigst bezahlter Arbeit, ansonsten Sanktionen (bis zu 60 % Absenkung des Leistungsniveaus)
- mit weitgehender Bedürftigkeitsprüfung bezogen auf die Bedarfsgemeinschaft

**Also genau dem Gegenteil eines Grundeinkommens in allen vier Punkten – existenzsichernd, individuell garantiert, ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Arbeitszwang**

***Zukunfts-Vorschläge (Wahlprogramme der Parteien zur jüngsten Bundestagswahl, auch vor dem Hintergrund der dargestellten wirtschaftlichen und sozialen Lage in der BRD zu betrachten)***

#### **1. FDP**

Einführung eines Liberalen Bürgergeldes

- Steuer- und Transfersystem aus einem Guß (Negative Einkommensteuer, Zusammenfassung steuerfinanzierter Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld II, Wohngeld etc.)
- Höhe ca. 500 bis 600 Euro
- Arbeitsverpflichtung – Sanktionen bis zu 60 % Transferentzug bei Arbeitsablehnung, also nicht nur faktischer Arbeitszwang verursacht durch die große Armutslücke, sondern auch durch staatlich-administrativen Zwang

#### **2. Bündnis 90/Die Grünen**

- Erhöhung der Regelleistung der Grundsicherung für Arbeitsuchende und Sozialhilfe auf ein armutsfestes Niveau
- perspektivisch nur noch individuelle Bedürftigkeitsprüfung
- Arbeitsverpflichtung/Arbeitszwang bleibt

#### **3. Linkspartei. PDS**

Ablehnung von Hartz IV, statt dessen Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung

- die armutsfest und
- nur noch individuell bedürftigkeitsgeprüft sein soll.
- Ein Arbeitszwang wird abgelehnt.

**Der einem Grundeinkommen am nächsten kommende Vorschlag!**

### **III Netzwerk Grundeinkommen (D)**

**gegründet** am 09. Juli 2003 in Berlin von BefürworterInnen eines bedingungslosen Grundeinkommens

#### **Gründungskonsens:**

Beförderung der politischen und wissenschaftlichen Diskussion und der Einführung eines Grundeinkommens, welches vier Kriterien erfüllen soll:

1. existenzsichernd und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichend
2. als individueller Rechtsanspruch gelten
3. ohne Bedürftigkeitsprüfung gezahlt und
4. nicht mit einem Zwang zur Arbeit verbunden sein und damit eine Vielfalt von Arbeits- und Tätigkeitsformen ermöglichend.

**Mitglied** kann werden wer dem Gründungskonsens zustimmt – derzeit über 150 Personen und Organisationen Mitglied und über 700 AbonnentInnen des newsletters

#### **ehrenamtlicher SprecherInnenkreis z. Zt.:**

Katrin Mohr (Sozialwissenschaftlerin), Birgit Zenker (Bundesvorsitzende der KAB), Katja Kipping (stellv. Bundesvorsitzende der Linkspartei. PDS, MdB), Günter Sölken, Robert Ulmer und Ronald Blaschke

#### **Aktivitäten:**

Teilnahme an über 40 öffentlichen Diskussionsforen, Konferenzen, Akademien zum Thema Grundeinkommen, mehrere Veröffentlichungen in den Tagesmedien und Fachzeitschriften

Diskussionen mit Personen aus Politik, Parteien, Gewerkschaften

Vorbereitung der hiesigen Konferenz zum Grundeinkommen

Gründung eines Fördervereins im Oktober 2005

Gründung eines wissenschaftlichen Beirates im November 2005

Initiierung und Unterstützung eines bundesweiten Jugendevents linker, gewerkschaftlicher und katholischer Jugendorganisationen zum Grundeinkommen im März 2006 in Berlin

#### **Finanzielle Unterstützung:**

u. a . durch die Josef-Popper-Nährpflicht-Stiftung und durch Einzelpersonen

#### **Einschätzung der Wirksamkeit:**

seit der Gründung des Netzwerkes

- Vernetzung der Akteure für ein Grundeinkommen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Orientierung
- Aufschwung der Diskussion über ein Grundeinkommen bei den Bündnis 90/Die Grünen, in der Linkspartei.PDS, in christlichen Kreisen, in den Gewerkschaften und in der Wirtschaft, in den Sozialbewegungen, Wohlfahrtsverbänden und Bundesjugendorganisationen
- derzeit 5 Grundeinkommensvorschläge bzw. -modelle von Initiativen bzw. -organisationen in der öffentlichen Diskussion
- bei den Bündnis 90/Die Grünen Berlin hat sich eine Landesarbeitsgruppe zum Thema Grundeinkommen konstituiert und Vorschläge erarbeitet
- es konstituiert sich im Oktober 2005 eine Bundesarbeitsgruppe Grundeinkommen in und bei der Linkspartei